

Minderheiten

DANIEL FRANKLIN PILARIO, SUSAN ROSS, SOLANGE LEFEBVRE

Rechtsextremer Nationalismus ist im Aufstieg begriffen und das Leben von Minderheiten beständiger Bedrohung ausgesetzt. Nach dem Sieg Donald Trumps jüngst in den Vereinigten Staaten wimmelt es von Graffiti mit Aussprüchen wie: »This is Trump's America. In other words, get out« (*Dies ist Trumps Amerika. Anders gesagt: Haut ab!*), »Build the wall« (*Baut die Mauer!*), oder »You are no longer welcome here, Muslim!« (*Du bist hier nicht länger willkommen, Muslim!*) Trotz seiner Beteuerungen des Gegenteils wurde Nigel Farage, der Hauptverantwortliche für den Erfolg der Brexit-Kampagne, scharf kritisiert, rassistisch und herablassend gegenüber Minderheiten zu sein. So äußert er, eine in Großbritannien geborene Person für einen Arbeitsplatz zu bevorzugen, oder behauptet, Menschen aus Rumänien seien verantwortlich für 92 Prozent der Straftaten an Londoner Geldautomaten – ganz zu schweigen davon, dass er ein guter Freund von Donald Trump ist. Eine andere Führungspersonlichkeit in der Europäischen Union, Marine Le Pen vom französischen Front National, verspricht ein »Frexit«-Referendum vergleichbar mit dem Großbritanniens. Die Plakatkampagne ihrer Partei aus dem Jahre 2015 porträtierte die Gesichter zweier Frauen – eine mit wehen dem Haar und einer auf das Gesicht gemalten französischen Flagge, die andere in eine Burka gekleidet. Die Bildunterschrift lautete: »Choisissez votre banlieue. Votez Front«. (*Wählt euer Stadtviertel. Stimmt für den Front.*) Rodrigo Duterte, der neu gewählte Präsident der Philippinen, ist komplexer und ambivalenter. Auf der einen Seite möchte er die Muslime auf Mindanao, Linke und marginalisierte Teile der Gesellschaft in die etablierte Politik integrieren. Auf der anderen Seite gelobt er jedoch, alle Drogenabhängigen und -händler töten zu lassen – eine seiner Ansicht nach unmenschliche Minderheit –, von denen die meisten aus unteren sozialen Schichten kommen. Nach nur sieben Monaten im Amt hat seine Verwaltungsregelung bereits 7000 Menschenleben gekostet und ist eine seltsame Mischung von linken Allianzen, liberaler Politik, diktatorischen Erklärungen und populistischer Rhetorik, welche sich ironischerweise in Umfragen einer Zufriedenheit von 80 Prozent erfreut. Scott Applebys eröffnender Beitrag »Die Sakralisierung der Ausgrenzung« analysiert, dass gegenwärtiger ultranationalistischer

Populismus und religiöser Nationalismus in einem Punkt konvergierten – der Sakralisierung der Nation. »Die Nation ist absolut, weil sie am Heiligen teilhat; das Heilige ist mit dem Schicksal der Nation verbunden.« Dies habe den Effekt, dass Minderheiten als unreine Andere konstruiert würden, als Fremde, die in das Heilige Land eingedrungen seien, als weniger menschliche Personen mit der Konsequenz, dass sie zu »Zielscheiben legitimer Gewalt« würden.

In alltäglichen Zusammenhängen sind Minderheiten verletzlich sowohl durch direkte als auch subtile Ausübung sozialer Gewalt, da sie in jedem sozialen Raum dominiert werden. Infolge ihres unbedeutenden Anteils an der Bevölkerung, ihres Mangels an wirtschaftlichem und politischem Kapital, der Voreingenommenheit und den Vorurteilen gegenüber ihren kulturellen Identitäten, Religionen oder Sprachen können Minderheiten unschwer realer und symbolischer Gewalt staatlicher wie nicht-staatlicher Akteure, auf deren Schutz sie nicht vertrauen können, zum Opfer fallen. Die konkreten Formen der Marginalisierung, Diskriminierung und Exklusion sind zahlreich: Verweigerung der Staatsbürgerschaft, Stigmatisierung, Gewalttaten nicht-staatlicher Akteure, die strafrei bleiben, Binnenvertreibung während bewaffneter Auseinandersetzungen, Flucht mit dem Ziel, als Flüchtling in anderen Ländern anerkannt zu werden, Unterbindung des Praktizierens der eigenen Religionen oder des Gebrauchs der eigenen Sprachen, Verweigerung des Zugangs zu Bildung, zu öffentlichen Ämtern und vieles mehr.

In anderen Zusammenhängen jedoch kann eine mächtige und elitäre »Minderheit« auch die Kontrolle übernehmen, um den gesamten gesellschaftspolitischen Diskurs zu dominieren. Wenn sie sich bedroht fühlt, zögert sie nicht, mit sozio-ökonomischen und politischen Maßnahmen an denen Vergeltung zu üben, die eine Gefahr für ihre hegemoniale Dominanz darstellen. Man denke an die frühere weiße koloniale Minderheit in der Zeit der südafrikanischen Apartheid, die Dominanz der Tutsi in Ruanda, die Hindutva-Politik in Indien, die zunehmenden ultranationalistischen und populistischen Bewegungen weltweit und viele andere Beispiele. Dieser elitäre Rassismus in hohen Positionen verwaltet alle politischen, religiösen, korporativen, medialen und akademischen Ressourcen, um die Aufrechterhaltung und Reproduktion der Dominanz dieser »Minderheiten« im gesamten gesellschaftlichen Raum zu sichern. Als ein Beispiel weist der Beitrag von Michel Andraos darauf hin, wie die einst benachteiligten christlichen Gemeinschaften im Nahen Osten während des Osmanischen Reiches zur römisch-katholischen Kirche konvertierten, die Schutzherrschaft des christlichen Westens gewannen, sich selbst in ein neues bürgerliches Establishment transformierten und schließlich zum »verlängerten Arm Europas und seiner ›zivilisierenden Mission« wurden. Ein weiteres Beispiel aus einem anderen historischen Kontext beobachtet Bryan Massingale in seinem Interview: Donald Trump konnte effektiv nicht die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen (Trump erhielt 2,8 Millionen Stimmen weniger als seine Kontrahentin). Er gewann nur die Präsidentschaft, nicht die Wahl. In seinem Interview legt Massingale dar, dass im Phänomen Trump ein »belagerter« Teil der Bevölkerung – die weiße Mehrheit einer vergangenen Ära – verzweifelt versuche, Macht im Kon-

text eines »Farbig-Werdens Amerikas« durch Migranten zu behalten. Diese Sichtweise ordnet auch die stark ansteigende rassistische Rhetorik in Europa und anderen Orten in die neue Situation massiver globaler Migration und der Flüchtlingskrise ein.

Die ambivalente Beziehung zur Macht im Phänomen der »Minderheiten« möchten wir in dieser Ausgabe thematisieren. Die Vereinten Nationen und Regierungen lassen es an Erklärungen und Stellungnahmen zum Schutz der Völker, die zu Minderheiten gehören, nicht fehlen.¹ Die Erklärung der Vereinten Nationen von 1992 beginnt mit dem Satz: »Die Staaten schützen die Existenz und die nationale oder ethnische, kulturelle, religiöse und sprachliche Identität der Minderheiten in ihrem Hoheitsgebiet und begünstigen die Schaffung von Bedingungen für die Förderung dieser Identität« (Artikel 1, Nr. 1). Im Zusammenhang wieder aufkommender Volkszugehörigkeiten – einst übertönt von hegemonialen Staaten in der Zeit des Kalten Krieges – die begonnen haben, sich Geltung zu verschaffen, erkennen die Vereinten Nationen und nationalen Regierungen an, dass die Rechte der Minderheiten nicht allein vom Wohlwollen irgendeines Staates abhängen. Sie sind universale Menschenrechte. Diese Staaten wiederum haben unter Beweis zu stellen, dass sie diese Verpflichtung gegenüber vergessenen Völkern erfüllt haben. Jeder Staat muss »geeignete Gesetzgebungs- und sonstige Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele« (Artikel 1, Nr. 2) treffen. Jedoch stellt sich die Situation von Minderheiten im gegenwärtigen Kontext globaler Migration, der Flüchtlingskrise und des »Krieges gegen den Terrorismus« anders dar. Sowohl indigene Minderheiten, die auf ihrem eigenen nationalen Territorium angesiedelt sind, als auch die »neuen Minderheiten« – die meisten von ihnen Migranten oder Flüchtlinge aus wirtschaftlichen und politischen Gründen mit »merkwürdigen« sprachlichen oder kulturell-religiösen Zugehörigkeiten – befinden sich in der Defensive. Minderheiten werden nun als »Terroristen« gesehen – als Bedrohung der politischen und wirtschaftlichen Sicherheit des Staates. Im Hinblick auf die »Versicherlichung« der Rechte von Minderheiten, »haben Staaten die Beweislast umgekehrt: Der Staat muss nicht länger beweisen, dass er seine Verpflichtungen gegenüber Minderheiten einhält, sondern vielmehr müssen Minderheiten ihre Loyalität gegenüber dem Staat belegen.«² Wenn sie dies nicht tun oder nicht tun können, wird politischer oder ökonomischer Druck auf sie und ihre Familien ausgeübt.

In diesem Zusammenhang dringt Neera Chandhokes Artikel auf zwei einander begleitende Konzepte zum Schutz von Minderheiten – Demokratie und Säkularismus. Auf der einen Seite verbiete Säkularismus dem Staat, eine spezifische Religion zu schützen oder sich selbst durch irgendeine religiöse Autorität zu legitimieren. Stattdessen gewährleiste er, dass alle Bürger das Recht besäßen, ihren eigenen individuellen Glauben (oder Nicht-Glauben) im Gesamt des gesellschaftlichen Raumes zu praktizieren. Demokratie auf der anderen Seite, verstanden als fundamentale Gleichheit, nötige den Staat dazu, diejenigen vor hegemonialen Mehrheiten zu schützen, die zu Minderheitengruppen gehörten. Das Gewähren von »Minderheitenrechten« sei ein essentieller Bestandteil der Demokratie, da es sicherstelle, dass alle Menschen die gleiche Freiheit hätten,

ihre Kultur/Religion zu praktizieren, unbeschadet dessen, was die Mehrheit zu einem bestimmten Zeitpunkt glaube.

Wie beeinflusst die Präsenz von Minderheiten die Art und Weise, wie wir Theologie betreiben? Wie helfen sie uns, unsere theologischen Kategorien neu zu überdenken? In seiner Reflexion über die Tradition der katholischen Sozialethik erklärt Rolando Tuazon, dass der postmoderne Kontext – im Unterschied zu kolonialen und modernen Epochen – die Kirche und ihre Theologie sensibler für marginalisierte Stimmen geschmähter Kulturen, degradiertes ethnisches Gruppen, unterdrückter Geschlechter und herabgesetzter Religionen mache. Die Postmoderne helfe diesen übersehenen Aspekten, sich selbst zu behaupten, da sie ironischerweise zum Ausgangspunkt von Kritik und Transformation des dominanten Systems würden, welches sie ursprünglich ins Abseits gedrängt habe. Demgegenüber argumentiert Diego Irarrázaval in seinem Beitrag, dass einige globale postmoderne Prozesse das Leben und die religiösen Kulturen von Minderheiten verzerrten und zersetzten. Der freie globale Markt biete eine Unzahl von Waren zur Erlösung in den neo-spirituellen und postmodernen Formen an, einschließlich Rituale und Werte, Andacht und sogar Transzendenz. Wie Tuazon glaubt jedoch auch Irarrázaval, dass durch die fragilen, fragmentierten, aber unerschöpflichen Energien der Minderheiten, durch ihre Solidarität und ihren Glauben eine neue Hoffnung für die Welt anbreche. Stefanie Knauss fragt in ihrem Artikel, wie sexuelle Minderheiten unsere theologischen Kategorien herausfordern. »Gott zu «queeren« verführe, was als selbstverständlich vorausgesetzt werde, und führe uns zu neuen Wegen, über Gott, Christus und die Kirche nachzudenken. Sie spricht über den begehrten Gott, der eine Grenzen überschreitende und polyamouröse Gottheit sei, welche leidenschaftlich in die Myriade der Menschheit verliebt sei; eine bisexuelle Christologie, welche etablierte kulturelle und Geschlechtergrenzen durchkreuze; und die Kirche unserer Zeit als den regenbogenfarbenen Körper Christi. Susan Ross' Interview mit Bryan Massingale im Kontext von Trumps Aufstieg zur Macht demaskiert einige der problematischen Ausrichtungen der (amerikanischen) Kirche und Theologie – ihren Blick auf die Beziehungen zwischen ethnischen Gruppen, ihre Unterbewertung der Glaubenserfahrung von mehr als der Hälfte der Bevölkerung und den Ruf zu prophetischem Diskurs in der Öffentlichkeit. Zunächst legt Massingale dar, dass die amerikanischen Bischöfe einen individualistischen Blick auf die Beziehungen zwischen ethnischen Gruppen hätten, welcher die strukturelle bzw. soziale Sünde vernachlässige, die in rassistischer Gewalt präsent sei. Zweitens kritisiert er die Theologie dafür, dass sie die Erfahrungen von Schwarzen, Frauen und Asiaten, welche die neue amerikanische Mehrheit bildeten, nicht beachte. »Katholisch« zu sein, sei früher einmal gleichbedeutend damit gewesen, ein irisch-europäischer, weißer Immigrant zu sein. Trotz des demografischen Wandels betrachte die Theologie jedoch noch immer andere ethnische Gruppen als peripher zum theologischen Curriculum und zu theologischem Denken. Drittens fordert er Theologen heraus, ihrer prophetischen Berufung jenseits der Hörsäle und Zeitschriften an Orte der Krise und Solidarität zu den Schmerzen und dem Ringen der Besitzlosen zu folgen.

Die folgenden Beiträge versuchen, die Situation ausgewählter Minderheiten auf verschiedenen Kontinenten besser zu verstehen, z. B. der Christen im Nahen Osten, der Rohingya in Myanmar, der Roma in Europa, der Ogoni des Nigerdeltas und der neuen christlichen Minderheit Kanadas. Diese werden von Theologen zur Sprache gebracht, deren Verortung am Boden ihnen die Möglichkeit gibt, einen tieferen und nuancierteren Blick auf diese Minderheiten zu werfen. Wie bereits erwähnt, hinterfragt Andraos' Beitrag die Vorstellung der »verfolgten christlichen Gemeinschaften in der islamischen Welt, die dringend des Schutzes bedürfen« im vorherrschend islamischen Kontext des Nahen Ostens. Der Diskurs über eine »christliche Minderheit«, so behauptet er, verdecke mehr diese komplexen, politisch aufgeladenen Situationen, welche Produkte vergangener westlicher Kolonialpolitiken seien, als dass er sie kläre. Maung John, Laien-theologe und Entwicklungshelfer in Myanmar, zeichnet die Geschichte und die gegenwärtigen Probleme der nun umstrittenen Rohingya-Minderheit nach, deren Name bereits in diesem vorwiegend buddhistischen Land ein Tabu darstellt. Cristina Simonelli, eine Theologin, die mit den Roma gearbeitet und gelebt hat, tritt für einen sowohl politischen als auch pastoralen Ansatz von unten ein – für ein Leben des Teilens und der Solidarität mit dieser spezifischen Bevölkerungsgruppe als ein Weg, um sie besser zu verstehen. Politisch empfiehlt sie, die Stimmen von Basisgruppen der Roma zu hören, um die vielen EU-Gesetzesinitiativen für ihr Wohlergehen effektiv zu implementieren. Pastoral schlägt Simonelli vor, dass Kirchenleute mit ihnen in ihren kleinen Wohnsiedlungen leben sollten, in Wohnwagen und Hütten (*chabolos*), nicht so sehr um sie zu evangelisieren, sondern um von ihren Lebensbeispielen evangelisiert zu werden. Stan Chu Ilo, ein nigerianischer Theologe, schreibt über die Kämpfe der Ogoni-Minderheit im Nigerdelta um Ressourcenkontrolle gegen die Übergriffe multinationaler Öl-Konzerne. Er skizziert die gewonnenen Erkenntnisse ihrer politischen Bewegung und die theologischen Ausrichtungen, zu welchen ihr Ringen um Entschlossenheit führe. Schließlich fragt Jean-François Roussel im Kontext des schwindenden moralischen und sozialen Einflusses der Kirche in der kanadischen Bevölkerung, wie die gegenwärtigen engagierten christlichen Gemeinschaften als neue Minderheit die Aufgabe lösen könnten, ihr pastorales Engagement der Entschädigung an der ursprünglichen Bevölkerung fortzusetzen. Wird diese neue Erfahrung der Demut und Selbsterniedrigung neue Formen der Solidarität mit indigenen Völkern hervorrufen?

Das Theologische Forum präsentiert zwei Artikel, einen über die Ordination anglikanischer Frauen und den anderen über die »Erscheinung in Fatima«. Die anglikanischen Kirchen ordinierten Frauen zum ersten Mal in den Jahren 1976 (Vereinigte Staaten und Kanada) und 1977 (Aotearoa, Neuseeland und Polynesien) zum Priesteramt. Vierzig Jahre später gibt Abby Day älteren anglikanischen Laiinnen und ihrem Widerstand gegen das Priestertum für Frauen eine Stimme. Im Jahr des hundertsten Jubiläums der Erscheinung in Fatima (1917) zeichnet der portugiesische Theologe Anselmo Borges die Bedeutung dieser religiösen Erfahrung für Millionen von Menschen weltweit nach.

Anmerkungen

1 Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung (1965); Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (1990); Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten angehören (1992). Die Europäische Union (EU), der Europarat und weitere Institutionen folgten dieser Ausrichtung zum Schutz von Minderheiten: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Kopenhagen, 1990); Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen (1992); Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten (1995) etc. Vergleichbare Bewegungen bekunden dieselbe Haltung auch in anderen Ländern und Kontinenten.

2 Francesco Palermo, »The Protection of Minorities in International Law: Recent Developments and Trends« in *Les minorités: un défi pour les États. Actes du colloque international, 22–23 Mai, 2011* (Bruxelles: Academie royale de Belgique, 2013), 173. Securitization bzw. Versicherunglichung ist ein politikwissenschaftlicher Ansatz, der unter anderem von Barry Buzan und Ole Wæver entwickelt wurde. Versicherunglichung beschreibt den Prozess, eine Person, eine Gruppe oder einen Umstand zu einem Sicherheitsrisiko zu erklären, um ein anderes wertgeschätztes Referenzobjekt als existenziell bedroht bezeichnen zu können, so z. B. wenn Muslime innerhalb einer Gesellschaft oder einer staatlichen Gemeinschaft unter den Generalverdacht des Terrorismus oder der Integrationsunfähigkeit bzw. -unwilligkeit gestellt werden.

Aus dem Englischen übersetzt von Verena Suchhart